

ersten Mal verringert — aber er hatte sich verringert, indem die Welt insgesamt ärmer wurde. Die Welt sah plötzlich das ganze Ausmaß der Gefahr. Entwicklung, dies mußten wir erkennen, läßt sich nur beschleunigen innerhalb einer insgesamt expandierenden Weltwirtschaft. Es war diese Erkenntnis, die die Einsicht in die Notwendigkeit der Kooperation wachsen und das Jahr 1975 zu einem Jahr des gemeinsamen Aufbruchs werden ließ.

Die Bundesregierung macht sich keine Illusionen darüber, daß erst ein kurzes Stück des gemeinsamen Weges zurückgelegt ist, aber auf diesem kurzen Stück wurde durchaus etwas erreicht:

1. Der Kapitalzufluß in die Entwicklungsländer ist 1975 sprunghaft angestiegen:
 - > Die OECD-Länder erhöhten ihren öffentlichen und privaten Kapitaltransfer um 40 vH auf die Rekordsumme von 39 Milliarden Dollar. Zum ersten Mal wurde so das Ziel einer Kapitalübertragung in Höhe von 1 vH des Brutto-sozialprodukts erreicht. Die Bundesrepublik Deutschland überschritt dieses Ziel mit 1,18 vH.
 - > Zugleich stieg auch der Kapitalzufluß aus den OPEC-Ländern.
2. Auf dem Weg zur Stabilisierung der Exporteinnahmen der Entwicklungsländer wurden Fortschritte gemacht:
 - > Der Internationale Währungsfonds weitete die Möglichkeiten, bei Exporterlösrückgängen kompensatorische Kredite aufzunehmen, erheblich aus.
 - > Die Europäische Gemeinschaft errichtete im Abkommen von Lomé das erste Stabilisierungssystem der Welt für die Rohstoffexporte von Entwicklungsländern.
3. Die Öffnung der Märkte für die Exporte der Dritten Welt kam weiter voran:
 - > Die multilateralen Handelsverhandlungen in Genf haben dieses Ziel zu einem Schwerpunkt der Gespräche gemacht.
 - > Die Europäische Gemeinschaft plant, die Möglichkeiten für zollfreie Einfuhr von Industriegütern aus den Entwicklungsländern auch in diesem Jahr weiter wesentlich zu erhöhen.
 - > Die Bundesrepublik Deutschland hat die Fertigwareneinfuhren aus den Entwicklungsländern 1975 um ein Viertel gesteigert — und dies in einem Jahr schwerer Rezession.
4. Für die Entwicklung der Landwirtschaft in der Dritten Welt schließlich wurde beschlossen, einen Fonds zu gründen, der für die Steigerung der Agrarproduktion umfangreiche Mittel bereitstellen wird.

Die Entwicklung der Dritten Welt zu beschleunigen, ist die gemeinsame Aufgabe aller Länder:

Sie erfordert von den Entwicklungsländern selbst, daß sie ihre Kräfte auf das Entwicklungsziel konzentrieren.

Sie erfordert auch, daß sie sich gegenseitig Hilfe leisten. Die Bundesregierung begrüßt deshalb, daß die Konferenz von Colombo den Gedanken der kollektiven Selbsthilfe so stark betont hat.

Die ölproduzierenden Länder tragen bereits heute erheblich zum Ressourcentransfer an die kapitalarmen Entwicklungsländer bei. Sie haben auf der letzten OPEC-Konferenz zugleich bewiesen, daß sie bereit sind, Mitverantwortung für die Weltwirtschaft insgesamt zu übernehmen.

Den stärksten äußeren Beitrag zur Entwicklung aber müssen ohne Zweifel die Industrieländer leisten: Die marktwirtschaftlichen Industrieländer waren schon bisher ein Motor für die Entwicklung der Dritten Welt. Die Zugkraft dieses Motors muß noch stärker werden. Die in den letzten Jahren begonnene Integrierung auch der planwirtschaftlichen Länder in die Weltwirtschaft bringt nun die Chance, daß endlich auch sie zu einem Motor für die Entwicklung werden. Diese Möglichkeit sollte aber auch genutzt werden.

Deutschland im Sicherheitsrat

Erklärung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen zur Wahl der Bundesrepublik Deutschland in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen:

1. Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) begrüßt den Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Sie hofft, daß es der Bundesregierung möglich sein wird, von dieser wichtigen Plattform aus für die Erhaltung des Friedens überall in der Welt zu wirken und in aufkommenden Konflikten — insbesondere zwischen Ost und West, Süd und Nord — eine vermittelnde Position einzunehmen.
2. Die DGVN ist der Auffassung, daß nur eine gerechte, dem wirtschaftlichen Ausgleich zwischen den noch nicht voll entwickelten Ländern und den Industrieländern dienende Weltwirtschaft eine solide Grundlage auch für die Beseitigung politischer und militärischer Spannungen und Bedrohungen sein kann.
3. Die DGVN ist überzeugt, daß nur auf der Basis eines besseren Verständnisses für die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten der heute noch im Stadium der Entwicklung befindlichen Völker eine Stabilisierung deren politischer Verhältnisse herbeigeführt werden kann. Dies trüge zugleich zur Befriedung der Welt bei.
4. Die DGVN ist der Auffassung, daß die Menschenrechte unteilbar sind. Deshalb haben die Angehörigen aller Völker in gleichem Maße Anspruch auf die Sicherung dieser Rechte. Die wirtschaftlich besser gestellten Nationen werden hierdurch verpflichtet, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auch in den anderen Teilen der Welt eine Grundlage für die Verwirklichung der Menschenrechte zu schaffen. — Die DGVN stützt sich mit dieser Auffassung auf die von den Vereinten Nationen geschaffenen Pakte über bürgerliche und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.
5. Das Wettrüsten hat in den letzten Jahren quantitativ und qualitativ eine friedensgefährdende Steigerung erhalten. Die Abrüstungsanstrengungen müssen deshalb im Interesse der Überlebenschancen der Menschheit weit über das bisherige Maß hinaus intensiviert werden; sie sollten eine zentrale Aufgabe des Sicherheitsrats sein.
6. Die DGVN erwartet, daß von der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland im Sicherheitsrat ein deutlicher Impuls zur Überwindung des wachsenden Daseinsinteresses an den Vereinten Nationen im Westen ausgeht: Angesichts der umfassenden Gefährdung der Menschheit durch Rüstung, ökologische Probleme und Unterversorgung der Mehrheit der Menschen ist — bei allen Schwächen — das System der Vereinten Nationen die einzige universale Institution, in der Konflikte ausgetragen und gelöst werden können. — Die DGVN ermutigt deshalb die Bundesregierung nachdrücklich, sich in Abstimmung mit den befreundeten Staaten für eine starke Kooperation mit der Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen einzusetzen. Auch die derzeitige Minorisierung der westlichen Welt in den Vereinten Nationen darf nicht Anlaß zur Resignation und Desinteresse sein. Sie muß vielmehr Ausgangspunkt sein für besondere, vertrauensbildende Tätigkeiten, insbesondere gegenüber den Staaten der Dritten Welt.
7. Die DGVN appelliert an die Bundesregierung, an die politischen Parteien, an die gesellschaftlichen und sozialen Organisationen und an die Öffentlichkeit, in der Bundesrepublik Deutschland die deutsche Politik im gesamten Bereich der Vereinten Nationen als eine Politik der Vermittlung aufzufassen. Das gilt in besonderen Maße für die bevorstehende Mitgliedschaft und die daraus resultierende Verantwortung im Sicherheitsrat. Damit würde die Bundesrepublik Deutschland den hohen Zielen dienen, die sich die Vereinten Nationen in ihrer Charta gesetzt haben.